

«Die Bilder zu malen»

Martin Walch: Ich denke, naturwissenschaftliche Fächer setzten genauso Kreativität voraus. Aufgrund der wirtschaftlichen und ökonomischen Forderungen wurden aber vor allem die musischen Fächer gekürzt. Über kurz oder lang sollen jedoch die gestalterischen, musischen Fachbereiche verstärkt in die anderen Fächer integriert werden. Das ist grundsätzlich richtig, doch ungenügend, wenn keine qualitative Ebenbürtigkeit der unterschiedlichen Fachbereiche gewährleistet ist. Die Rolle der Bildungsinstitutionen mit musischem, künstlerischem (Freizeit-)Angebot wird daher momentan immer wichtiger.

«Lehrende der musischen Fächer werden auf der gymnasialen Oberstufe immer noch geringer honoriert als ihre Kollegen.»

MARTIN WALCH

War es nicht immer schon so, dass die Fächer Musik oder Zeichnen in der Schule nicht so wichtig erachtet wurden?

Beatrice Brunhart-Risch: Wenn ich meine Schulzeit mit derjenigen meiner Kinder vergleiche, hat sich sehr viel verändert. Im Gymnasium gelten Sport, Kunst und Musik als Promotionsfächer. Das hätte es zu meiner Zeit nicht gegeben.

Martin Walch: Das stimmt, doch die Bedeutung oder Wertung ähnlich einem naturwissenschaftlichen Fach, ist auf allen Ebenen nicht gewährleistet. So werden zum Beispiel Lehrende der musischen Fächer auf der gymnasialen Oberstufe immer noch geringer honoriert als ihre Kollegen. **Georg Biedermann:** Ich wünsche mir ein «Mint + Art». Ich bin dafür, dass nicht einseitig, sondern ganzheitlich unterrichtet wird und somit alle Fähigkeiten und Begabungen der Kinder unterstützt. Zudem sehe ich auch, dass unser Bildungssystem immer mehr einschränkt und es immer weniger Freiräume für die Kinder gibt. Der Kindergarten wird zur Schule und auch die Lehrpersonen sind durch die entsprechenden Vorgaben eingeschränkt.

Es gibt Länder, die für mich vorbildlich sind, zum Beispiel alle nordeuropäischen Länder, wo die Kunst für Kinder viel mehr Lobby hat, wie bei uns. Dabei gibt es das Kinderrecht auf Kunst und Kultur, eines der vielen Kinderrechte, das in Deutschland neu im Grundgesetz stehen soll, um die jüngste Generation, die auch unsere Zukunft ist, besser in den Fokus zu nehmen. Auch bei uns müsste das politisch und in der Gesellschaft noch stärker verankert werden.

Beatrice Brunhart-Risch: Ich sehe den Mangel vor allem in der frühen Förderung. Bei uns kommen die Kinder enorm spät in den Kindergarten und die Angebote, die in den ersten Lebensjahren stattfinden, sind qualitativ sehr unterschiedlich. In Liechtenstein gibt es kein geregeltes Förderungsprogramm für Dreijährige. Kinder, die in keinem angeregten Umfeld aufwachsen, sind so von Beginn an benachteiligt.

Welchen Beitrag können Sie hier als Institutionen leisten?

Beatrice Brunhart-Risch: Die Förderung von Kind und Jugend ist sicherlich eines unserer wichtigsten Kerngeschäfte. Wir sind eine Theaterschule, also eine pädagogische Institution. Die Eltern wissen, dass ihr Kind im Jungen Theater ganzheitlich gefördert wird und Auftrittskompetenz erwirbt. Die Kinder können zu selbstbewussten, offenen Menschen heranwachsen. In der Theaterwelt spielt vor allem auch das soziale Miteinander eine zentrale Rolle, es ist ein Austausch, ein Geben und Nehmen. Das ist aber nicht nur bei uns so.

Georg Biedermann: Wir sind keine Schule, sondern ein professionelles Theater mit einem vielseitigen Angebot an internationalen Gastspielen, Eigen- und Koproduktionen und einem tollen Vermittlungsprogramm. Wir machen die darstellende Kunst zugänglich. Kinder, Schulklassen und ihre begleitenden Erwachsenen erkennen, dass die Kunst auf der Bühne nicht etwas Abgehobenes ist, sie widmet sich wichtigen und aktuellen Themen und ist immer ein Liveerlebnis. Das Theater öffnet Welten, stärkt Kompetenzen, wird so zu einem Lernort und bringt die Kunstschaffenden mit dem Publikum in einen Dialog.

Herr Walch, wie wichtig ist das Miteinander im gestalterischen Bereich?

Martin Walch: Das Klischee, des hehren Künstlers, der in seinem eigenen stillen Kämmerlein werkt, hält sich hartnäckig. Aber auch im Gestalterischen geht es nicht nur darum, ein schönes Bild zu malen, letztlich hat Kunst immer einen Ansprechpartner. Es geht um Kommunikation im weitesten Sinne. Besonders im Jugendbereich, etwa in der Atelierklasse, wo gemeinsam gekocht und gegessen wird, stellen wir auch fest, dass das soziale Miteinander eine tragende Rolle spielt - auch in der Entwicklung und Förderung der Kreativität. Nicht nur das handwerkliche Tun und die Fertigkeiten sind wichtig für eine Ausdrucksfähigkeit, sondern auch das Soziale. Das Miteinander fördert die breit gefächerte Kreativität. Eine Interaktion, so wie wir sie fordern, passiert eher selten. Das lässt sich auch auf die Vereine und Organisationen übertragen, derer wir sehr viele haben und die wertvolle und gute Arbeit leisten. Dennoch kocht jeder sein eigenes Süppchen. Wir klopfen einander auf die Schulter, aber vertiefte, kritisch-konstruktive Zusammenarbeit erfolgt doch nur sehr selten.

Was wünschen Sie sich - im Sinne der Kreativität - für die Kinder im Land?

Martin Walch: Allen Kindern wünsche ich, wie bereits von uns dreien angedeutet, genügend qualitativ wertvollen Freiraum und Musse, um sich ihren Fantasien, schönen Träumen und Visionen widmen zu können.

Georg Biedermann: Ich wünsche unseren Kindern im Land, dass sie kreative Erwachsene haben, welche ihnen die notwendigen Freiräume und Unterstützung geben sowie eine stärkere Lobby im Kunst- und Bildungsbereich, welche das Kinderrecht auf Kunst und Kultur ernst nimmt und entsprechend umsetzt.

Beatrice Brunhart-Risch: Liebe Kinder, verliert nie den Glauben daran, dass jeder Einzelne von euch mit seinen eigenen Ideen die Welt positiv verändern kann.

KINDERLOBBY

Dieser Artikel ist Teil einer Beitragsreihe zum Recht des Kindes auf gesunde Entwicklung, die in beiden Tageszeitungen in loser Reihenfolge erscheint.

Die Kinderlobby Liechtenstein ist eine Vernetzungsgruppe von 21 Organisationen, die sich für Kinder und Jugendliche engagieren. Weitere Informationen auf www.oskj.li.

Parteien warnen vor einem Reputationschaden, wenn Steuern für Casinos nun erhöht würden

Reaktionen Das Vorhaben der Freien Liste, die Besteuerung von Spielbanken der Schweiz anzupassen, stösst bei anderen Parteien eher auf Ablehnung. Der Staat müsse verlässlich sein.



Zuletzt wurde bekannt, dass es auch in Triesen ein Casino geben soll. Neben den zwei bestehenden sowie den geplanten Spielbanken in Balzers und Schaan wäre es die fünfte Spielstätte im Land. (Foto: Michael Zanghellini)

VON DANIELA FRITZ

Im vergangenen Jahr, dem ersten vollen Jahr für die Casino-Betreiber, erzielten die zwei bestehenden liechtensteinischen Spielstätten gemeinsam einen Bruttospielertrag von 53,8 Millionen Franken - 19,3 Millionen Franken gaben sie in Form der Geldspielabgabe an den Staat ab. Wie aus dem Rechenschaftsbericht 2018 hervorgeht, lag der Abgabesatz der Casino Austria (Liechtenstein) AG, welche die Spielbank in Schaanwald betreibt, bei 34,45 Prozent. Das Casino Admiral musste mit seinem Standort in Ruggell sogar 37,02 Prozent der Bruttospielerträge an den Staat abliefern. Eine Kleine Anfrage des FBP-Abgeordneten Elfried Hasler zeigte ausserdem, dass die Casinos im ersten Quartal 2019 insgesamt 6,6 Millionen Franken Geldspielabgaben entrichteten. Zum Vergleich: Im selben Zeitraum 2018 waren es 3,9 Millionen Franken. Dass nun weitere Casinos auf den Markt drängen, bereitet so manchen Sorgenfalten. Neben einem im Juni-Landtag überwiesenen Postulat der VU, das sich mit Möglichkeiten zur Beschränkung der Casino-Anzahl beschäftigt, hat nun auch die Freie Liste (FL) eine parlamentarische Initiative angekündigt. Damit will sie die Anzahl Casinos über eine höhere Besteuerung eindämmen. Eine solche Initiative wird nach der Vorprüfung auf Verfassungsmässigkeit durch die Regierung wie andere Gesetzesentwürfe behandelt - es gibt also eine erste und zweite Lesung.

«Erteilen dieser Idee eine Absage»

Die Frage ist allerdings, ob die anderen Abgeordneten überhaupt auf die FL-Initiative eintreten werden. Grundsätzlich befürwortete man den freien Wettbewerb, bei dem nicht der Staat über den wirtschaftlichen Erfolg und letztlich die Anzahl der Spielbanken entscheidet, schreibt

die VU schon in ihrem Postulat. «Es ist die Masche der Freien Liste, mit möglichst wenig Arbeit viel Geld für den Staat herauszuholen», verdeutlicht Fraktionssprecher Günter Vogt auf «Volksblatt»-Anfrage. «Wir erteilen dieser Idee eine Absage.» Zwar müsse man die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen, diese lägen aber nicht darin, dass der Staat zu wenig Geld an den Casinos verdiene. Die Steuern und Abgaben zu erhöhen, hätte eine fatale Aussenwirkung. Der Staat müsse ein verlässlicher Partner sein.

Verlässlichkeit auf dem Spiel

In der FBP herrscht derzeit noch keine Fraktionsmeinung zum Thema vor. Während sich Landtagspräsident Albert Frick in der Vergangenheit bereits des Öfteren klar für eine Beschränkung der Spielbanken aussprach, ist Daniel Oehry skeptischer. Er persönlich kann dem Vorgehen der Freien Liste nichts abgewinnen, dies habe nichts mit einem verlässlichen Partner zu tun, betont auch er: «Stellen Sie sich vor, Sie erkundigen sich nach den geltenden Rahmenbedingungen, investieren dann mehrere Millionen und wenn das Geschäft läuft, meldet sich der Staat und korrigiert diese zu seinen Gunsten.» Da Liechtenstein mit dem Anheben von Steuern seine Verlässlichkeit aufs Spiel setzen würde, sei dies der grössere Schaden für die Reputation des Landes als mehrere Casinos. «Sollte jedoch eine Begrenzung erwünscht und möglich sein, dann würde ich die Anzahl der Tische und der Automaten festlegen. Sonst landen wir vielleicht in Zukunft bei einem Casino, welches aber 500 Automaten und Tische beinhaltet», schlägt Oehry vor. Er glaubt nicht, dass der Wechsel zu einem Lizenzsystem einfach zu bewerkstelligen wäre. «Der ursprüngliche Plan ging nicht auf und nun wieder das Rad zurückzudrehen,

erachte ich nicht als einfach. Vielleicht kann hier der FL-Vorstoss mehr Licht ins Dunkel bringen», so Oehry.

Auch bei der Neuen Fraktion gebe es zum Thema noch keine Fraktionsmeinung. Der Abgeordnete Erich Hasler ist jedoch ebenfalls gegen eine höhere Besteuerung: «Auch wenn zwischenzeitlich drei Casinos eine Bewilligung erhalten und drei weitere möglicherweise kommen werden, dürfen wir nicht einfach über Nacht die Spielabgaben mehr als verdoppeln.» Ein Rechtsstaat müsse verantwortlich handeln. Dass von einem Reputationsrisiko durch die Casinos gesprochen werde, sei übertrieben. «Dies wäre dann der Fall, wenn Geldwäscherei vorkommen würde. Dies zu verhindern, ist jedoch Aufgabe der installierten strengen, staatlichen Kontrolle», so Hasler. Der «Unabhängige» Harry Quaderer sieht das ähnlich, die grossen Reputationschäden für Liechtenstein seien nicht im Casino-Bereich zu suchen. Für das Vorhaben der Freien Liste fand er gewohnt deutliche Worte: «Diese Vorgehensweise passt perfekt ins Weisse: Höhere Steuern, keine freie Marktwirtschaft und staatlich verordnete Bevormundung. Ohne mich!»

Auch der parteifreie Johannes Kaiser hält wenig von dem Vorschlag der Freien Liste: «Wenn das Ziel erreicht werden will, dass in Liechtenstein nach dem heutigen Bestand keine weiteren Casinos mehr eröffnet werden sollten beziehungsweise dürfen, dann könnte dies der Landtag und die Regierung auf dem Gesetzeswege einschränken. Statt den Steuersatz zu erhöhen, erinnere ich nochmals an meinen konkreten Vorschlag, der Bevölkerung - dem Mittelstand, Familien, Senioren, Alleinerziehenden - von diesen Spielgeld-Sondersteuereinnahmen in Form einer zweckbindenden Zielsetzung etwas zurückzugeben.»

Aus der Region

Maiensässfahrt: Nach Todesfall wird Sicherheit überprüft

CHUR In Chur soll die langjährige Tradition der Maiensässfahrten trotz des Todes eines Schülers beibehalten und fortgeführt werden. Allerdings wird der Anlass, an dem fast 3000 Kinder der Stadtschule und der Kindergärten teilnehmen, einer externen Sicherheitsüberprüfung unterzogen. Die Bestürzung war gross, als bekannt wurde, dass am letzten traditionellen Maiensäss-

ausflug der Churer Stadtschule am 23. Mai ein 14-jähriger Schüler tödlich verunfallt war. An einem Trauermarsch für den Verunglückten nahmen 3500 Personen teil. Es war der erste Todesfall eines Schülers in der Geschichte der Maiensässfahrten überhaupt. Trotz des tragischen Ereignisses will die Stadtregierung an der 165 Jahre alten Tradition der Maiensässfahrten festhalten, wie Stadtpräsident Urs Marti am Freitag vor den Medien erklärte. Auch die Maiensässfahrt 2020 soll somit stattfinden. Allerdings soll der Schülerausflug vorher einer umfassenden externen Sicherheitsüberprüfung unterzogen werden. Von nicht weni-

ger als fünf Spezialfirmen sollen Offerten eingeholt werden. Marti sagte, fünf Offerten seien es, weil die Regierung die Konzepte der Überprüfung vergleichen wolle. Erwartet wird vom Sicherheitscheck, dass allenfalls bestehende Risiken entdeckt und Empfehlungen für die zukünftige Durchführung der Maiensässfahrten abgegeben werden. Der Stadtrat behalte sich je nach Ausgang der Sicherheitsüberprüfung vor, in Zusammenarbeit mit weiteren internen und externen Stellen auch «weitreichende Entscheide betreffend der Maiensässfahrt zu fällen», heisst es in der abgegebenen Medienmitteilung. (sda)